

Thüringen braucht einen neuen Aufbruch

MATSCHIE:REGIERUNGSUMBILDUNG IST OFFENBARUNGSEID

„Das Vertrauen der Thüringerinnen und Thüringer ist verspielt. Sie selbst haben dies bestätigt: Ihr neues Kabinett sollte dieses Vertrauen zurückgewinnen. Das ist gründlich schief gegangen“, so Christoph Matschie an die Adresse von Regierungschef Althaus im Mai-Plenum. Thüringen stecke in einer Regierungskrise. Daran ändere auch die überstürzte Regierungsumbildung

nichts, die eine reine „Verzweiflungstat“ sei. Am neuen Kabinett lasse sich ablesen, wie dünn die Personaldecke der Union in Thüringen sei: Keine wirklich neuen Gesichter, keine neuen Ideen. Peter Krause, nur wenige Tage vor dieser Plenar-Sitzung von Althaus aus dem Rennen genommen, sei als Kultusminister untragbar. Marion Walsmann als neue Justizministerin zeige, wie tief auch die Thüringer CDU in der DDR politisch verwurzelt war. Heute versuche die CDU so zu tun, als sei sie immer im Widerstand gewesen.

Der Fraktionsvorsitzende verwies auf eine lange Liste von Pannen der CDU-Landesregierung in der Vergangenheit: Die Blindengeld-Abschaffung, die Büchergeld-Pleite, das Kulturkürzungs-Chaos, der überstürzte Rücktritt von Innenminister Gasser und der Konflikt um den rechtslastigen möglichen Kultusminister.



Debatte im Thüringer Landtag

„Das Vertrauen in die Regierung Althaus ist verspielt“, so Matschie, „wir brauchen Neuwahlen“. Reichlich Negativ-Schlagzeilen hätten Thüringen über die Landesgrenzen hinaus in Misskredit gebracht. Matschie selbst hatte in der Presse wiederholt von „Chaostagen“ in der Thüringer CDU gesprochen.

„Die Regierung ist mit ihrem Latein am Ende. Da hilft auch kein Personalkarussell“, beendete er seine Rede, „Thüringen braucht einen neuen Aufbruch.“

Matschie erläuterte in der Plenardebatte auch noch einmal seine Position in der Affäre um den designierten Kultusminister Krause. Er warnte davor, die Tatsachen zu verdrehen und Krause zum Opfer zu stilisieren: Seine Tätigkeit für rechtslastige Zeitschriften wie die „Junge Freiheit“ und sein heutiger Umgang damit hätten ihn als Kultusminister disqualifiziert.

KOMMENTAR

Das Zentralabitur muss kommen

Abitur nach Himmelsrichtung – nein danke, sagen wir Thüringer Sozialdemokraten in aller Deutlichkeit. Wieder einmal hat Thüringens Ministerpräsident Althaus sich



gründlich verrannt, und zwar mit seiner Unterstützung für das so genannte Süd-Abitur. Da spielt es offenbar keine Rolle, was seine Thüringer wollen. Die sprechen sich nämlich mehrheitlich (64 Prozent) für eine stärkere Vereinheitlichung im Schul- und Bildungswesen aus. Und der Ministerpräsident? Setzt sich mit seinen Kollegen aus fünf CDU-regierten Bundesländern zusammen, um mit dem „Süd-Abitur“ das von Vielen geforderte Zentralabitur auszubremesen.

Wir müssen endlich zu vergleichbaren Abiturabschlüssen in Deutschland kommen, fordern wir Sozialdemokraten. Der Weg dahin führt über nationale Bildungsstandards, die gleiche Anforderungen für alle Schüler definieren, egal, ob sie in Erfurt, Hamburg oder Stuttgart zur Schule gehen. Die Kleinstaaterei im Schulwesen muss überwunden werden – ein Südabitur zementiert dagegen nur neue Unterschiede.

CHRISTOPH MATSCHIE

Unterstützung für Thüringer Bibliotheksverband

Den Bibliotheksgesetzesentwurf der CDU kritisiert Hans-Jürgen Döring. Wie aktuelle Einschätzungen des Thüringer Bibliotheksverbandes bestätigten, bleibe der Entwurf weit hinter den Forderungen der Fachleute und Verantwortlichen zurück.

„Dieser Gesetzesvorschlag kann nur ein erster Schritt sein“, sagt der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion. „Eine konkrete Landesförderung ist notwendig, um die verbliebenen Bibliotheken langfristig zu sichern“, fordert er und verweist auf das von den Oppositionsfraktionen im November 2007 in den Landtag eingebrachte Thüringer Bibliotheksgesetz.

Zu einer wirklichen Unterstützung der Bibliotheken gehöre eine konkrete Landesförderung für die einzelnen Büchereien. Diese ist jedoch seit 2002 fast halbiert worden. Auch die nun vom Land vorgesehene Finanzierung der Bibliotheken über den kommunalen Finanzausgleich sei unsicher.

Ziel sei unter anderem, eine grundlegende Mitfinanzierung des Landes zu sichern - ohne die Kommunen aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

KOMMUNALWAHLRECHT

Stichwahl soll bleiben - Bürgerentscheide erleichtern

Scharfe Kritik an den Plänen der Thüringer CDU, das Kommunalwahlrecht zu verändern und so die Stichwahlen für Bürgermeister und Landräte abzuschaffen, übt Uwe Höhn: „Diese Taktiererei nervt. Die CDU will sich damit einen Vorteil bei künftigen Wahlen verschaffen und hofft wohl, durch einfache Mehrheiten die Rathäuser zu erobern.“ Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion sieht seine Kritik durch die Auffassung von Staatsrechtler Prof. Dr. Johannes Hellermann aus Bielefeld bestätigt. Er hatte in seiner wissenschaftlichen Stellungnahme zur Abschaffung der Stichwahlen „erhebliche demokratietheoretische Bedenken“ festgestellt. Ohne Stichwahlen würden laut Hellermann kleine Parteien geschwächt, weil sie dann auf eigene, chancenlose Kandidaten zugunsten aussichtsreicher Bewerber verzichten. Das schmälere deren Chancen zur Profilierung. Außerdem würden die Parteien stärker zu Absprachen genötigt - zu Lasten der Transparenz. Insgesamt sieht Hellermann darin „einen Verlust an demokratischer Öffentlichkeit“ und eine „Tendenz zu politischer Lagerbildung“. Uwe Höhn widerlegte das CDU-Argu-



Kritisch sieht der Staatsrechtler Prof. Johannes Hellermann die Vorschläge der Thüringer CDU zum Kommunalwahlrecht.

ment für die Stichwahl-Abschaffung, die niedrige Wahlbeteiligung, folgendermaßen: Die im zweiten Wahlgang oft geringer ausfallende Wahlbeteiligung werde aufgewogen durch die Legitimation des Amtsinhabers, der schließlich mehr als die Hälfte der Wähler hinter sich haben müsse. Würde aber die Stichwahl abgeschafft, wäre ein Bürgermeister auch mit relativer Mehrheit gewählt - beispielsweise mit 30 Prozent.

SPD-Fraktion gegen Aufweichung von Bürgerrechten

Die jüngst eingebrachten Gesetze zur Neuordnung von Widerspruchsverfahren und der Stärkung bürgerschaftlichen Engagements veranlassen **Rolf Baumann** zur Kritik. Baumann, Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag für Verwaltungsreform, sieht die beabsichtigten Änderungen von CDU-Fraktion und CDU-Landesregierung als Teil einer Strategie, die Bürger „scheibchenweise zu entmündigen und von ihren Rechten abzudrängen.“ „Die absolute Mehrheit der CDU verführt diese immer mehr zu selbstherrlichem Handeln, ohne den Bürgerwillen noch zur Kenntnis nehmen zu wollen“, beklagt der Abgeordnete. So mache der Gesetzesentwurf zur Neu-

ordnung der Durchführung von Widerspruchsverfahren viele Betroffene wehrlos gegenüber behördlichen Fehlentscheidungen. Da die Möglichkeit des Widerspruchs gegenüber Bescheiden künftig weitestgehend wegfallen, bliebe den Bürgern nur noch der Klageweg zu den Verwaltungsgerichten. „Den können sich viele Bürger aber schlichtweg nicht leisten“, sagt der Politiker.



Den Gesetzesentwurf zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements bezeichnete Baumann als eine „infame Mogelpackung.“ Dem Bürger werde mehr Mitspracherecht suggeriert, in Wirklichkeit wür-

den ihm aber nur größere Steine in den Weg gelegt, um seinen Willen kund zu tun. So müsse er bei Bürgerbegehren künftig eigens die Rathäuser aufsuchen, anstatt wie bisher auf Straßen und Plätzen seine Meinung durch Unterschriftsleistung zum Ausdruck zu bringen, so Baumann.

Auch die Abschaffung der Stichwahl bei Bürgermeister- und Landratswahlen passe ins Bild: Den eigentlichen Souverän einer Demokratie, das Volk, immer mehr von der politischen Willensbildung ausschließen zu wollen. Dies sei eine gefährliche Entwicklung, der unbedingt Einhalt geboten werden müsse. „Thüringen darf nicht zum Spielball der Christdemokraten verkommen“.

Kürzungspläne gefährden Solarbranche in Thüringen

EINSPEISEVERGÜTUNG SOLL ERHALTEN BLEIBEN

Abgelehnt hat die CDU im letzten Plenum eine Initiative der SPD-Fraktion für die Stärkung und den Ausbau der Solarbranche in Thüringen. Der Antrag hatte eine bessere Abstimmung im Bereich der Forschung, von Lehrangeboten der Universitäten, der Technologieförderung, der Aus- und Weiterbildung, der Standortpolitik, der Investorenwerbung und der Entwicklung der bestehenden Unternehmen in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zum Ziel. Nein sagte die CDU auch zu einem SPD-Antrag, Thüringen solle sich zumindest für eine befristete Beibehaltung der derzeitigen Einspeisevergütung im Bundesrat einsetzen, um die weitere Entwicklung und bevorstehende Investitionen der

Solarbranche nicht zu gefährden. Beides wurde von Hartmut Schubert scharf kritisiert: „Andere Bundesländer wie Sachsen und Sachsen-Anhalt machen uns vor, dass man mit dem Thema sachlich und über Parteigrenzen hinweg umgehen kann. Das erwartet auch die Solarwirtschaft von uns.“

Schubert übte zudem Kritik an den Plänen von Bundeswirtschaftsminister Glos (CSU), die Förderung für Solarstrom um 30 Prozent zu kürzen. Bereits die bisherigen Pläne zur Kürzung der Einspeisevergütung seien für den Ausbau der Weltmarktführerschaft in der Solartechnologie kontraproduktiv, sagt der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Kinderschutzgesetz eingebracht

Christoph Matschie und Heike Taubert stellten auf einer Pressekonferenz die Schwerpunkte eines Entwurfs für ein neues Kinderschutzgesetz vor.

Diese sind unter anderem:

- Ausbau von Prävention und niedrigschwelligen Hilfen
- verlässliche Netzwerke aller Akteure in Kreisen und kreisfreien Städten
- Bereitstellung von Familienhebammen als ergänzendes Regelangebot der Jugendhilfe
- ein eigenständiger Beratungsauftrag für die örtlichen Gesundheitsämter immer dann, wenn die Früherkennungsuntersuchungen trotz Erinnerung nicht wahrgenommen wurden
- eine gesetzlich geregelte Mitfinanzierung des Landes

Die Gesamtkosten dieser Maßnahmen betragen etwa 2,08 Millionen Euro.

Experten diskutierten Zukunft Thüringer Städte

PROBLEME AUF DEM LAND / RAUMPLANERISCHE FEHLER DER VERGANGENHEIT LÖSEN



Professor Dr. Horst Zimmermann von der Universität Marburg, Professor Dr. Max Welch Guerra sowie Michael Wolf, der Oberbürgermeister der Stadt Altenburg (von links) diskutierten über die Zukunft von Thüringens Städten. Sabine Doht leitete die Debatte.

Thüringen braucht eine Diskussion über die Qualitäten und Perspektiven seiner Städte. Zu ihrer Förderung muss sich die Thüringer Politik auf eine die Ressourcen stärker konzentrierende Strategie besinnen - immer die sich spürbar verringernden finanzpolitischen Spielräume vor Augen, fordert die SPD-Fraktion. Dabei rückt das Ziel der Gleich-

wertigkeit der Lebensverhältnisse in den Mittelpunkt der Debatte. Die Politik muss die Frage beantworten, ob es gesellschaftlich gesehen sinnvoll sein kann, die wachsende Ungleichheit zwischen städtischen und den ländlichen Räumen zu akzeptieren. Muss das räumliche Ausgleichsziel zugunsten größerer wirtschaftlicher Dynamik in den Hintergrund treten?

Eingeladen zu der Veranstaltung, die von Sabine Doht moderiert wurde, hatte die SPD-Fraktion. Die zweite Veranstaltung der Reihe „Thüringen im Wandel“ stieß auf reges Besucherinteresse. Etwa 50 Personen kamen in den Thüringer Landtag, um den Ausführungen der Experten zuzuhören und sich an der anschließenden Debatte zu beteiligen.

Während Professor Dr. Zimmermann in seinem Vortrag dafür plädierte, konsequent in die Wachstumskerne zu investieren, sieht sich Prof. Dr. Welch Guerra zukünftig die größeren Probleme in den ländlichen Räumen. Für den Altenburger OB Michael Wolf sind viele Probleme im Land hausgemacht. Er macht raumplanerische Fehler der Landesregierung für die problematische Situation vieler Städte verantwortlich. In der anschließenden Debatte bekam er von Amtskollegen Recht.

Die Diskussion bestätigte die Forderung der SPD-Fraktion, den Stadt-Umland-Beziehungen mehr Aufmerksamkeit zu widmen und die Städte für die Wahrnehmung ihrer Umlandfunktionen auch entsprechend finanziell auszustatten.

Buntes Programm zum Tag der Offenen Tür im Landtag



Kindergartenkinder haben im vergangenen Jahr am Tag der offenen Tür im Thüringer Landtag für die SPD-Fraktion auf der Bühne gestanden (Foto). In diesem Jahr schickt die Fraktion am 14. Juni zwei Theatergruppen der Integrierten Gesamtschule Erfurt (IGS) ins Rennen: Die „Roten Nasen“ und die Gruppe „Teatro Peppe Nappa“. Neben einer Improvisation bringen die Acht- und Zehntklässler die verfremdete Version eines Märchens der Gebrüder Grimm auf die Bühne: Lachen ist garantiert.

Auch ansonsten gibt es am Stand der SPD-Fraktion viel zu erleben: Neben den bewährten Thüringen-Karten und Gesprächen mit Abgeordneten am Stand bietet die Fraktion eine Bastelstraße für Kinder und einen Mittelaltergauler.

SPD-Fraktion will bessere Unterstützung für Senioren

Eine rechtliche Verankerung der Ehrenamtsförderung und der Mitbestimmungsansprüche von Senioren fordert der SPD-Politiker **David Eckardt**. Hierfür sei die Unterstützung von Land und Kommunen unerlässlich. „Die Landesregierung muss endlich aus ihrer Lethargie kommen - die Kommunen und unsere Senioren dürfen bei dieser wichtigen Aufgabe nicht allein gelassen werden“, so Eckardts Fazit nach der heutigen Veranstaltung der SPD-Fraktion zu Aufgaben und Zukunft des Ehrenamts. Der senienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion spricht sich dafür aus, den Begriff „Alter“ neu zu definieren: „Wir müssen endlich davon wegkommen, Alter mit Pflegebedürftigkeit gleichzusetzen.“ Stattdessen seien die Erfahrungen der Menschen und ihre Bereitschaft zum



ehrenamtlichen Engagement nach ihrem Ausscheiden aus dem Berufsleben für das Miteinander in der Gesellschaft unverzichtbar. Dies gelte für die ehrenamtliche Unterstützung von Senioren für Senioren ebenso wie für das Zusammenleben zwischen den Generationen und für den Erhalt der Infrastrukturen in den Dörfern und Städten. „Die Einbeziehung aktiver älterer Menschen, ihre Mitverantwortung und Mitgestaltung in den Wohnorten macht unsere Gesellschaft lebenswerter“, sagt Eckardt.

Der SPD-Abgeordnete: „Angesichts der demografischen Entwicklung müssen wir auch in Thüringen endlich begreifen, dass viele Menschen im Alter aktiv sein wollen - aber sie brauchen dafür entsprechende Rahmenbedingungen.“ Eckardt kündigt an, dass die SPD-Fraktion ihre Erkenntnisse aus der heutigen Veranstaltung in parlamentarische Initiativen gießen werde.

CDU ignoriert Missstände bei Leiharbeit

Pure Ignoranz hinsichtlich der Situation von Leiharbeitern in Thüringen hat Walter Pilger der CDU nach der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses vorgeworfen. Dort war ein SPD-Antrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Leiharbeiter mit der CDU-Mehrheit abgelehnt worden. „Wichtige Vorhaben zur Verbesserung der Situation von Leiharbeitern müssen nun ohne Unterstützung durch die CDU-Landesregierung durchgesetzt werden“, sagt Pilger, beispielsweise, Mindestlöhne zu gewährleisten, die Verleihzeit und den Anteil von Leiharbeit im Betrieb zu begrenzen sowie die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte zu erweitern.

Pilger verweist darauf, dass in einer im Ausschuss an die Sitzung erfolgten Anhörung von fast allen Experten Handlungsbedarf gesehen wurde. „Mit ihrem Verhalten ist die CDU bereit, offenkundige Missstände in der Branche zu ignorieren“, betont der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. In der Anhörung sei beispielsweise von Lohnzahlungen weit unter dem mit dem DGB vereinbarten Mindestlohn von 6,36 Euro berichtet worden. Kritisiert wurde auch, dass Betriebe immer öfter große Teile ihrer Beschäftigten in eigens gegründete Zeitarbeitsfirmen verlagern. In all diesen Fällen gehe es darum, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und sich auf dem Rücken der Beschäftigten Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag.
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: (0361) 3 77 23 36; Fax: (0361) 3 77 24 17
Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Uwe Höhn, Parlamentarischer Geschäftsführer,
Satz: Dirk Malewski; **Druck:** Druckerei Jäcklein, Erfurt
Redaktionsschluss: 28.05.08

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 6.500 Exemplaren.

Nicht für Parteizwecke und Werbung!